



Daniel Rinkert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: daniel.rinkert.wk@bundestag.de
Telefon: 02181 7575417

Berlin, 17. November 2023

Ampel-Koalition erhöht Mittel für Integration: Der Haushaltsausschuss beschließt 188 Mio. Euro zusätzlich für Sprach- und Integrationskurse und sichert flächendeckendes Angebot für Migrationsberatung

Rhein-Kreis Neuss. In den parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 haben die Abgeordneten im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages umfangreiche Änderungen am Etat vorgenommen. Auf Antrag der Ampel-Koalition wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 188 Mio. Euro für das Sprachkursangebot bereitgestellt. Auch die u.a. von Caritas, Diakonie und AWO angebotene Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer wurde gegenüber dem Regierungsentwurf deutlich gestärkt: Wie der Bundestagsabgeordnete für den Rhein-Kreis Neuss, Daniel Rinkert (SPD), mitteilt, stehen im nächsten Jahr insgesamt 77,5 Mio. Euro zur Verfügung, um Zugewanderte und Geflüchtete schnell und zielgenau bei der sprachlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Integration zu unterstützen.

Daniel Rinkert: „Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses sind ein starkes Signal, dass die Ampel-Koalition in herausfordernden Zeiten pragmatisch und handlungsfähig ist: Als Einwanderungsland, das auf Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften angewiesen ist, braucht Deutschland ein leistungsfähiges Angebot für Spracherwerb und Integration in unsere Gesellschaft. Deshalb erhöhen wir die Mittel für Integrations- und Sprachkurse für Zugewanderte und Geflüchtete im nächsten Jahr auf über 1 Milliarde Euro und stärken dabei auch die kursbegleitende Kinderbetreuung, sodass auch für Eltern mit kleinen Kindern eine Teilnahme am Integrationskurs möglich ist.“

Schon im Regierungsentwurf hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) 380 Mio. Euro zusätzlich für Integrationskurse bereitgestellt, aufgrund steigender Bedarfe wird dieser Betrag nun noch mal deutlich aufgestockt. Auch die Mittel für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) werden deutlich erhöht. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege wie Caritas, AWO oder Diakonie unterstützen Zugewanderte und Geflüchtete im Auftrag des Bundes

Pressemitteilung



Daniel Rinkert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: daniel.rinkert.wk@bundestag.de
Telefon: 02181 7575417

flächendeckend mit einem Beratungsangebot. Von diesem Beratungsangebot und von den Herausforderungen, vor denen die Sozialverbände stehen, konnte sich der Bundestagsabgeordnete Daniel Rinkert in den letzten Wochen durch zahlreiche Gespräche mit den Sozialverbänden selbst überzeugen.

„Die MBE leistet einen riesigen Beitrag zum Gelingen von Integration vor Ort“, so Rinkert. „Die Beraterinnen und Berater helfen denen, die zu uns kommen, bei der Orientierung in unserem Land, vermitteln in Sprachkurse und in Arbeit. Es ist in unser aller Interesse, das dies so schnell wie möglich gelingt. Die im Regierungsentwurf noch vorgesehene Kürzung beim Beratungsangebot wird jetzt auf Beschluss des Haushaltsausschusses fast vollständig zurückgenommen. Die SPD-Fraktion setzt sich seit Jahren für eine ausreichende Finanzierung dieses wichtigen Angebots ein, deshalb freue ich mich sehr, dass uns gemeinsam in der Koalition gelungen ist, die etablierten Beratungsstrukturen in der Fläche zu erhalten.“

Neben den zusätzlichen Mitteln für Integrationskurse und Migrationsberatung konnten wir erreichen, dass auch das erfolgreiche Präventionsprogramm „Respekt Coaches“ fortgeführt wird. Deren politische Bildungsangebote an Schulen behandeln Themen wie das Zusammenleben der Religionen, Rassismus und Antisemitismus und fördern damit den demokratischen Zusammenhalt. Dafür sollen die Mittel gegenüber dem Regierungsentwurf um 20 Mio. Euro massiv erhöht werden. Das Angebot der Jugendmigrationsdienste, das junge Menschen mit Migrationsgeschichte durch Beratung, Bildungs- und Freizeitangebote am Übergang von der Schule bis ins Berufsleben unterstützt wird, um 10 Mio. Euro auf knapp 66 Mio. Euro erhöht und spürbar gestärkt. Auch der in diesem Jahr begonnene Aufbau einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB) kann in 2024 weiter voranschreiten. Der Haushaltsausschuss erhöht die Mittel auf 25 Mio. Euro. Das neue Angebot soll Asylbewerber im Verfahren fachlich beraten und unterstützen, um die Verfahren zu beschleunigen und die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen.

Presseremittierung